



Deutsche Zusammenfassung des Amnesty-Berichts

Jenseits der Strafverfolgung: Menschenrechtsverletzungen durch äthiopische Sicherheitskräfte in Amhara und Oromia

Äthiopien: Vergewaltigung, extralegale Tötungen und Brandstiftung bei Sicherheitsoperationen in Amhara und Oromia

- **Mindestens 140 Menschen bei Sicherheitsoperationen in Amhara und Oromia getötet und Hunderte vertrieben**
- **Mindestens 300 Zwangsräumungen mit schrecklichen Folgen bei Familien in Oromia**
- **Sicherheitskräfte setzten gegen eine ethnische Minderheit in Amhara Granaten und Gewehre ein und steckten Häuser in Brand**

Äthiopische Sicherheitskräfte haben als Reaktion auf Angriffe bewaffneter Gruppen und interkommunale Gewalt in Amhara und Oromia schreckliche Menschenrechtsverletzungen begangen, darunter das Niederbrennen von Häusern, extralegale Tötungen, Vergewaltigungen, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, manchmal ganzer Familien.

In seinem neuen Bericht „Jenseits der Strafverfolgung: Menschenrechtsverletzungen durch äthiopische Sicherheitskräfte in Amhara und Oromia“ dokumentiert Amnesty International, wie Sicherheitskräfte zwischen Dezember 2018 und Dezember 2019 schwere Verstöße begangen haben. Dies geschah trotz der Reformen, die zur Freilassung von Tausenden von Gefangenen führten, zur Ausweitung des zivilen und politischen Raums und zur Aufhebung drakonischer Gesetze wie der Antiterrorismus-Proklamation, die zuvor zur Unterdrückung der Menschenrechte eingesetzt wurden.

„Die äthiopischen Behörden haben bemerkenswerte Fortschritte bei der Veränderung der trostlosen Menschenrechtsbilanz des Landes gemacht. Es ist jedoch nicht hinnehmbar, dass die Sicherheitskräfte weiterhin ungestraft Menschenrechtsverletzungen begehen dürfen“, sagte Deprose Muchena, Direktor von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika.

„Angesichts bevorstehender Wahlen könnten diese Verletzungen und Missbräuche außer Kontrolle geraten, wenn die Regierung nicht umgehend Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass die Sicherheitskräfte gesetzeskonform handeln und ihre Pflichten unparteiisch erfüllen“, fährt er fort.

2018 hob die Regierung von Premierminister Abiy Ahmed ein Verbot der Oppositionsparteien auf, von denen einige als terroristische Organisationen bezeichnet und ins Exil gezwungen worden waren. Er erlaubte ihnen an den Wahlen teilzunehmen, die ursprünglich für August 2020 geplant waren, aber wegen COVID-19 verschoben wurden.

Indem sie versuchten, Unterstützung zu mobilisieren, haben die Politiker jedoch ethnische und religiöse Feindseligkeiten geschürt sowie Gewalt und bewaffnete Angriffe zwischen Gemeinden ausgelöst, was fünf der neun Regionalstaaten des Landes betrifft: Amhara,



Benishangul-Gumuz, Harari, Oromia und Southern Nations, Nationalities and Peoples Region (SNNPR) sowie Dire Dawa.

Als Reaktion darauf richtete die Regierung 2018 Sicherheitskommandoposten ein, um Transaktionen des äthiopischen Militärs (EDF), der Bundespolizei, der regulären und regionalen Sonderpolizeieinheiten (Liyu-Polizei) und lokale Sicherheitsbeamte (Kommunale-/Kebele-Miliz) zu koordinieren.

Komplizenschaft bei den Morden

Die Spannungen in Amhara waren hoch, nachdem die Qimant, eine Minderheitengruppe, im September 2017 für eine eigene autonome Verwaltungseinheit gestimmt hatte, was zu Zusammenstößen zwischen Amhara und Qimant führte. Aus dem Bericht von Amnesty International geht hervor, dass die Liyu-Sonderpolizei, sowie lokale Milizen und zwei Vigilantengruppen von Jugendlichen aus Amhara sich zusammenschlossen, um im Januar 2019 und erneut im September-Oktober 2019 Mitglieder der Qimant-Gemeinschaft anzugreifen. Dabei wurden mindestens 100 Menschen getötet, Hunderte vertrieben; Häuser und Eigentum der Qimants wurden ebenfalls zerstört.

Vom 10. bis 11. Januar 2019 griffen die Sicherheitskräfte und Vigilantengruppen eine Siedlung der Qimant in Metema mit Granaten und Gewehren an und setzten Häuser in Brand. Innerhalb von 24 Stunden wurden achtundfünfzig Menschen getötet, da Soldaten in einem nahegelegenen Lager auf Hilferufe nicht reagierten. Flugblätter und Faltblätter, die die Qimant-Beamten aufforderten, das Gebiet zu verlassen, waren seit September 2018 im Umlauf, aber die Behörden ergriffen keine Maßnahmen.

Dinqie Tekeda, 25, entkam mit vier Brüdern und einem Cousin ihrem brennenden Haus - nur damit amharische Wachen der Bunna International Bank, wo sie Zuflucht gesucht hatten, sie Jugendlichen der Bürgerwehr aussetzten. „Bewaffnete Amhara-Jugendliche kamen und töteten drei meiner Brüder und meinen Cousin und verwundeten meinen anderen Bruder. Sie töteten sie aus nächster Nähe, während ich zusah. Sie starben auf der Stelle“, sagte sie.

Am 29. September 2019 führte noch ein Angriff in Qimants zu 43 weiteren Toten und 12 Verletzten. Mindestens eine Familie wurde in ihrem Haus bei lebendigem Leib verbrannt, berichtete eine Zeugin gegenüber Amnesty International. „Nur 100 Meter von meinem Haus entfernt verbrannten die Jugendlichen gegen 22 Uhr Endihnew Nega, seine Mutter, seine Schwester und ihr Baby“, sagte Tsedal Abate.

Der Geschäftsmann Abebe Tilahun, 38, erlitt mehrere Verletzungen, nachdem eine Granate in sein Haus geschleudert worden war. Das in Brand gesteckte Haus zwang ihn hinauszulaufen, wo er in einem Kugelhagel von Schüssen in die Schulter und Hand getroffen wurde. „Ich sah, wie die Spezialeinheit der Polizei von Amhara und die örtliche Miliz gemeinsam mit der Jugend-Bürgerwehr von Amhara ein von Qimant bewohntes Viertel angriffen. Sie zogen von Haus zu Haus, um Angehörige der Qimant-Ethnie zu töten“, sagte er.

Extralegale Tötungen



Amnesty International dokumentierte extralegale Tötungen von mindestens 39 Personen in Oromia, darunter der 17-jährige Seid Sheriff, der vor einem Café in Harqelo, Goro Dola, in den Kopf geschossen wurde, weil er angeblich einen Motorradfahrer vor einer bevorstehenden Verhaftung gewarnt hatte.

Drei weitere Männer - Debeso Megada (27), Ararso Gobena (16) und Qalicha Jarso (22) - wurden im Januar 2019 bei einer Motorradfahrt in Duqisa Megada kebele, Dugda Dawa, getötet. Und ein weiterer Mann, Aga Uddessa, wurde am 3. Februar 2019 erschossen, als er am Kommandoposten in Harqelo, Goro Dola, vorbeifuhr.

In Finchawa, Dugda Dawa, fuhren am 28. Dezember 2018 zwei Lastwagen voller Soldaten in die Stadt und schossen eine Stunde lang wahllos auf Menschen, wobei 13 Menschen getötet wurden. Zeugen berichteten Amnesty International, dass der Angriff eine Vergeltung für einen Soldaten war, der drei Wochen zuvor gesteinigt worden war.

"Die Behörden müssen diese schrecklichen Morde sofort beenden. Sie müssen auch dafür sorgen, dass die für diese gefühllosen und brutalen Taten Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden", sagte Deposse Muchena.

Brutale Schläge, lebenslange Narben

Mindestens 10.000 Menschen, darunter ganze Familien, wurden im Jahr 2019 im Rahmen des scharfen Vorgehens der Regierung gegen bewaffnete Angriffe und interkommunale Gewalt in der Region Oromia willkürlich festgenommen und inhaftiert. Sie wurden beschuldigt, aber nie angeklagt, Mitglieder der bewaffneten Gruppe namens Oromo-Befreiungsarmee (OLA) „zu unterstützen, mit ihnen Informationen auszutauschen und sie zu verpflegen.“ Die OLA ist eine Abspaltung vom militärischen Flügel der Oromo-Befreiungsfront (OLF).

"Als die Soldaten meinen Nachbarn Geda Shoda nicht finden konnten, der bereits geflohen war, um einer Verhaftung zu entgehen, nahmen sie seine Frau mit ihren sechs Kindern mit", sagte Boru Halalkie.

Viele Menschen wurden mehrfach verhaftet, einige bis zu fünf Monaten inhaftiert und einer politischen Indoktrination unterzogen, um sie zur Unterstützung der Regierungspartei zu zwingen. Die meisten wurden brutalen Schlägen ausgesetzt. Bei Momina Roba, die geschlagen wurde, während sie im vierten Monat schwanger war, führten die Qualen zu einer Fehlgeburt.

"Ich wurde am Tag meiner Verhaftung und am nächsten Tag geschlagen. Ich sagte ihnen, ich sei schwanger, als sie mich schlugen. Aber sie sagten, es spielt keine Rolle, ob ich schwanger bin oder nicht. Sie sagten, sie könnten mich sogar umbringen", beschrieb sie.

Ebise Eba wurde im Januar 2019 von zwei lokalen Sicherheitsbeamten verhaftet, die sie in das Verwaltungsbüro von Duqisa Megada brachten und vergewaltigten. Sie sagten, wenn sie nicht mit ihnen schlafen würde, würden sie sie den EDF-Soldaten übergeben und sie würde getötet werden. "Einer von ihnen, ich kenne nur seinen Spitznamen 'Qeyo'. Er ist von der kebele [kommunalen] Abteilung für Frieden und Sicherheit. Der andere ist der Kommandeur der kebele [kommunalen] Miliz", sagte sie gegenüber Amnesty International.

"Es ist völlig inakzeptabel, dass diejenigen, die für den Schutz von Menschenleben verantwortlich sind, ohne Scham und mit der Absicht, Leben und Familien zu zerstören, handeln. Die Behörden müssen sicherstellen, dass die für diese Verbrechen verantwortlichen



Sicherheitsbeamten vor Gericht gestellt werden. Alle Sicherheitskräfte des Landes sollten eine menschenrechtsorientierte Ausbildung für Polizeiarbeit und Gesetzesvollzug erhalten", sagte Deprose Muchena.

Zwangsräumungen, niedergebrannte Häuser

Seit März 2019 vertrieben Sicherheitskräfte mindestens 60 Familien aus Oromias Ost- und West-Guji-Zonen gewaltsam durch das Niederbrennen von Häusern, oft noch während sich Familien darin aufhielten, und ließen sie obdachlos zurück. Amnesty International bestätigte ferner, dass weitere 300 Familien aus ihren ländlichen Häusern gewaltsam in Stadtrandgebiete umgesiedelt wurden und alles zurückließen - Haushaltsgegenstände, Ernten und Feldfrüchte auf Bauernhöfen.

"Wir sind nicht in der Lage, zurückzukommen, obwohl jetzt die Zeit der Kaffeeernte ist. Wir traten an die Ältesten heran, um die lokalen Beamten zu bitten, uns die Rückkehr zu gestatten. Sie sagten den Ältesten, dass wir nicht zurückkehren können, da wir die OLA unterstützen", sagte Faysal Udo.

"Es ist tragisch, dass es den Sicherheitskräften nicht gelungen ist, die Gewalt zwischen den Gemeinden und die Anwendung gesetzeswidriger Gewalt durch die Sicherheitskräfte gegen gewöhnliche Menschen als Reaktion auf Gewalt zwischen den Gemeinden oder auf bewaffnete Angriffe zu verhindern. Maßnahmen für Recht und Ordnung sollten den Menschen niemals schaden oder sie ihrer Lebensgrundlage berauben und sie in die Armut treiben. Die Behörden müssen sicherstellen, dass alle vertriebenen und umgesiedelten Familien sofort und sicher in ihre Häuser und Farmen zurückkehren können", sagte Deprose Muchena.

"Die Behörden müssen auch anerkennen, dass es legal ist, unterschiedliche politische Ansichten und Meinungen zu vertreten. Jeder hat das Recht zu wählen, wen er unterstützt. Diese Rechte auf freie Meinungsäußerung müssen garantiert, aufrechterhalten und geschützt werden. Die Behörden müssen damit aufhören, Menschen für ihre politischen Entscheidungen zu töten und zu kriminalisieren".